

Nationale Tagung gegen Armut vom 22. November 2016

9 Millionen zur Beruhigung des Gewissens?

9 Millionen Franken für die Aufbereitung des Themas Armut in der Schweiz. So viel Bundesgeld erhalten Beamte, Beratende und Politiker im Zeitraum 2014-2018 für schöne Reden und Konzepte. Und was ändert sich für die Armen? Und wer sind die Armen?

Stimmungsbericht einer Betroffenen

Sind «arm» vor allem Männer? Angesichts der Zusammensetzung des Podiums an der Nationalen Tagung gegen die Armut stellt sich unweigerlich diese Frage. Denn es war keine Frau auf dem Podium geladen. So auch nicht am Podium des Workshop über Beiträge der Wirtschaft zur Armutsbekämpfung. Einzig beim Workshop über Arbeitsintegration war eine Frau anzutreffen. Auch ohne Programm zur Bekämpfung der Armut ist bekannt, dass vor allem Frauen und ihre Kinder von Armut betroffen sind. Frauen, denen nebst Kinderkriegen und Erziehen oft nur die Option Billig-Job ohne Weiterbildung und Karrierenplanung bleibt. Frauen, die den Grossteil der Freiwilligenarbeit leisten, sei es in der Pflege der Eltern oder sonstiger sozialer Engagements. Frauen, die mit ihrer Sozialkompetenz den Kitt unserer Gesellschaft bilden. Frauen, die man liebt, so lange sie den Mund nicht aufmachen und ihre Rechte nicht einfordern. Frauen, die man im Alter lieber vergisst, weil ihr Körper die Männer nicht mehr beglückt.

Solange die Federführung über den Diskurs ausschließlich Männern überlassen wird, wundert es nicht, dass wichtige Ursachen der Armut keine Erwähnung finden, und dass es den Lösungen an Kreativität und Visionsgeist mangelt. Aber vielleicht liegt es auch daran, dass die Workshop-Themen von Menschen aufbereitet wurden, die auf der Sonnenseite des Lebens stehen und Armut nur aus der Theorie kennen. Einer Gruppe von Armut Betroffenen gewährte man zwar 10 Minuten Redezeit im Plenum. Sie wurde mit viel herzlichem Applaus der Fachleute bedacht. Die Gruppe der Neuen Armut, die u.a. vom Verein 50plus outIn work vertreten wird, erhielt weder Erwähnung noch Raum zur Selbstdarstellung der Thematik (wir stellten einige Monate im Voraus einen Antrag). Das sind Menschen, die einst ein erfolgreiches Leben im Dienste der Wirtschaft führten, zur Mittelschicht gehörten, und im Alter von 50 aufwärts trotz guter Bildung keine Stelle mehr finden.

Immer mehr von ihnen geraten früher oder später in die Armutsfalle, denn Arbeitslosigkeit im Alter schmälert AHV und Pension automatisch. Vielen bleibt zuvor der Gang auf die Sozialhilfe nicht erspart. Über Jahre sind diese Menschen, die gerne arbeiten würden, dazu verdammt, von Sozialhilfe-Geldern zu leben, die in Zeiten der Schönwetterperiode für Jugendliche mit wenig Bock auf Arbeit konzipiert wurden. Entsprechend auch das Anreizsystem der Integrationszulagen. Zulagen erhält, wer den Behörden in einem Arbeitslager mit dem netten Etikett Sozialfirmen den Beweis erbringt, dass er oder sie arbeitswillig sind. Was für eine Schmach für Menschen, die gerne arbeiten würden, aber

zusehen müssen, wie ihre Arbeitsmarktfähigkeit in diesen Strukturen von Jahr zu Jahr vor die Hunde geht, weil man ihnen weder Weiterbildung noch aktive Stellenvermittler gewährt. Krankheit ist oft ein Weg, die ihrem Leid Ausdruck verschafft, für das sie sich zu Unrecht schämen.

Wer hoffte, wenigstens im Workshop über die Arbeitsintegration auf verständnisvolle Fachleute für die Thematik der arbeitswilligen älteren Menschen ohne bezahlte Arbeit zu stossen, der irrte gewaltig. Moderiert wurde dieser von einem behäbigen Seco-Beamten, der zu Beginn die Frage stellte, ob es auch Betroffene im Saal habe. Als sich eine Hand erhob, meinte er in herablassendem väterlichem Tone: Da haben sie aber eine grosse Verantwortung. Der nette Gesichtsausdruck änderte sich spätestens dann, als der Moderator zur Kenntnis nehmen musste, dass Betroffene auch über die Fähigkeit verfügen, sich oft und kritisch zu äussern.

Mittels Powerpoint-Präsentation, die das Niveau eines Sekeschülers nicht übertraf, versuchte der Verfasser der Studie das schlechte Image der Sozialfirmen in der Schweiz zu korrigieren. Rund 10 000 Integrationsfachleute verwalten offenbar 40 000 Betroffene aller Art, mit welchem Resultat auch immer. Es scheint, dass Effizienz, Effektivität und Qualitätsmanagement für viele diese Firmen Fremdwörter sind und ihr Hauptziel in erster Linie der Beruhigung der PolitikerInnen und der Sozialfachleute dienen, die damit ihre eigenen Jobs und ihr Gewissen absichern. Vielleicht meinen sie es ja nur gut, weil sie der Meinung sind, dass Arbeit frei mache, egal ob selbst gewählt oder zwangsverordnet. Dem Seco-Moderator war denn vor allem wichtig, dass die Sozialfirmen sich langsam dem QM-Niveau der arbeitsmarktlichen Massnahmen angleichen. Das viele Erwerbslose sich nichts anderes als deren Abschaffung im heutigen Modus wünschen, hat den Seco-Elfenbeinturm noch nicht erreicht. Auch nicht, dass Sozialfirmen oft Drogenumschlagplätzen gleichkommen und dieser Fakt inländischen Zugewiesenen aufs Gemüt schlagen kann. Peinlich berührt schien der Seco-Moderator auch von der Fragestellung, wer denn wen mit welchem Bildungshintergrund wohin und wozu zuweist. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Sozialarbeitende trotz mangelnder Kenntnisse über Arbeitsmarktintegration ihre Klientel munter zu- und abweisen, manchmal aus Verzweiflung auch zurück ans RAV, an jene Institution, die diese Klienten zuvor zwei Jahre lang verwaltete statt vermittelte. Kein Gehör fand selbstredend der Hinweis auf die mangelnde Hilfestellungen und Weiterbildungsangebote für Ältere und vieles mehr.

Beim nächsten Workshop ging es um Beiträge der Wirtschaft zur Armutsprävention. Sechs Männer im Alter 50plus waren auf dem Podium. Davon einer abgelöchter als der andere. So zumindest würde man ältere Erwerbslose qualifizieren, die sich in dieser Art präsentieren. Im Fokus ihrer Ausführungen standen Junge ohne Bock auf Arbeit sowie die Flüchtlinge. «Ja, wenn sie denn motiviert wären und auch noch Qualifikationen hätten, würden wir sie sofort aufnehmen», meinte ein Wirtschaftsvertreter mit herausforderndem Lächeln auf dem Gesicht. Als er sich mit der Frage konfrontiert sah, warum die Wirtschaft denn all die motivierten und gut ausgebildeten Älteren links liegen lasse, gefror sein Lächeln zur Maske. Irritation und Totenstille. Ein Sozialvorsteher aus dem linken Lager sah sich dann doch

gezwungen, diesem Thema Aufmerksamkeit zu schenken, so auch der Vergabepolitik von Stipendien, bei der heute vielerorts ein Alterslimit von 40 Jahren gilt. Auch aktuelle Themen wie ein Inländervorrang, leichte oder scharfe Variante, hatte keine Chancen auf Antworten aus der Wirtschaft. Pflasterlipolitik der geübten Art und weitgehende Ignoranz gegenüber der Neuen Armut.

Hätten die Akteure dieser Tagung doch mindestens den OECD-Bericht zum Thema Alter und Arbeitsmarkt gelesen, hätten sie diesem entnehmen können, dass allein schon die Alterung der Gesellschaft dringend nach Reformen in der Sozialhilfe, der ALV, der Bildung, der Arbeit usw. ruft, um damit zu verhindern, dass eine Mehrheit sich Richtung Armut bewegt. Um ein Beispiel aus der Sozialhilfe zu nennen. Ältere werden nach erfolgloser Jobsuche und Aussteuerung angehalten, ihre Wohnungen zu kündigen und eine neue für 700 Franken (Niveau Basel Stadt) zu suchen. Wer als Gemeinde das Mietzinsniveau anhebt, muss mit einem Sozialtourismus rechnen. So belässt man die Mietzinsobergrenzen bewusst tief und überlässt die Betroffenen ihren Existenzängsten. Ändern lässt sich das nur, in dem man die Zuständigkeit der Sozialhilfe auf Bundesebene auf ein finanziell tragfähiges Fundament stellt.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung Richtung Industrie 4.0 bedingt tiefgreifende Reformen und neue Konzepte, so u.a. der Steuersysteme. In einer globalisierten Welt, in der die Technik immer mehr die Arbeit der Menschen ersetzt, geht es darum, die Steuersysteme rechtzeitig den neuen Begebenheiten anzupassen. Statt der Arbeit der Menschen, muss vermehrt die Arbeit der Computer und der Kapitalbewegungen versteuert werden. Dazu gibt es mittlerweile wissenschaftliche Modelle, so u.a. die Mikrosteuer auf Finanztransaktionen. Nur der künftige Einbezug solcher Diskussionen kann verhindern, dass die 9 Millionen-Kampagne des Bundes zur Bekämpfung der Armut nicht zur reinen Selbstbefriedigung verkommt..